

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 52 (1973)
Heft: 1

Artikel: Markstein SPD-Sieg
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338632>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dr. Richard Lienhard

Markstein SPD-Sieg

Im Gegensatz zu manchem Abgeordneten waren die Wähler auch nicht durch millionenschwere Anzeigen zu bestechen. Die Deutschen sind mündig geworden.

Peter Bornebusch im «Spiegel», Nr. 49

Als ich anfangs Oktober 1972 *Rolf Reventlow* in München traf, war meine erste Frage: «Wie stehen die Chancen der SPD im Wahlkampf?» Ohne Zögern antwortete mein Freund, dass er vom erheblichen Stimmengewinn der SPD überzeugt sei. Zur Begründung führte er aus, dass die Wahlkampfstimmung in der Partei ausgezeichnet sei. Weit über die Parteigrenzen hinaus seien die Vertreter der jungen wie der ältern Generation von dem *einen* Willen beseelt, zum Sieg der SPD beizutragen. Auch sei es der überzeugenden Gestalt des Parteivorsitzenden Brandt zu verdanken, dass die Linke in seltener Geschlossenheit den Kampf gegen die konservativen Kräfte des Landes aufnehme.

Ich entgegnete meinem Gesprächspartner, dass der überwiegende Teil meiner schweizerischen Parteifreunde von einem Sieg der SPD keineswegs überzeugt sei. Hatten wir die Bewusstseinsrevolution in unserm Nachbarstaat unterschätzt? Diese Frage beschäftigte mich auf der Rückreise nach Zürich.

Schatten der Vergangenheit

Dass dem Aussenstehenden eine Prognose für den Wahlausgang nicht leicht fiel, ist verständlich; denn es blieb da immer noch die schwer zu beantwortende Frage: Wie steht es in Deutschland mit der Entwicklung des demokratischen Bewusstseins? Um mit *Heinrich Böll* zu sprechen, ragt heute noch wilhelminische und nazistische Vergangenheit in die Gegenwart Deutschlands hinein; deshalb sei, so meint Böll, die deutsche Demokratie noch nicht stabil genug.

Dieser Auffassung kann nur beipflichten, wer sich die Mühe nimmt, einen Blick auf die deutsche Geschichte zu werfen. *Hugo Preuss*, der immer wieder als Vater der Weimarer Verfassung bezeichnet wird, hat diese ungenügende Stabilität darauf zurückgeführt, dass Deutschland zu lange

Obrigkeitsstaat – statt Volksstaat – gewesen sei. Das Charakteristische an diesem Obrigkeitsstaat war, dass der Staat allein die Geschicke des Volkes lenkte und dass dieser Staat seine Gewalt auf eine dem Obrigkeitsdenken verwandte Klasse stützte. Nachdem Graf Mirabeau kurz vor Ausbruch der französischen Revolution Preussen-Brandenburg besucht hatte, notierte er den bezeichnenden Satz, Preussen sei nicht ein Staat, der eine Armee besitze, sondern eine Armee, die einen Staat besitze. *Thomas Mann* hat noch im Jahr 1918 den Obrigkeitsstaat als die dem deutschen Volk angemessene und von ihm im Grund gewollte Staatsform bezeichnet.¹ Wohlgermerkt: noch im Jahre 1918 hielt Thomas Mann dafür, Politik und Demokratie seien mit deutschem Wesen unvereinbar. Die Demokratie erschien damals noch den führenden Schichten des deutschen Volkes als ein Stück Rationalismus, der dem Deutschen fremd sei. So sahen sie im Westen, vor allem in Frankreich, die Heimat gefährlicher wesensfremder Ideen.

Böll hat deshalb mit Recht die Frage aufgeworfen, ob Deutschland heute schon über genügend demokratische Erfahrung verfüge. In diesem Zusammenhang führte er an, dass in der Bundesrepublik Deutschland nicht alle Herrschaftsverhältnisse so ausgewogen seien, wie man dies in einer Demokratie erwarten müsste. Als Beispiel nannte er die Herrschaft der Presse. Die wahren Interessen der Bevölkerung würden in der Presse der Bundesrepublik nicht repräsentiert, weil alle einflussreichen Zeitungen sich letztlich in der Hand des Unternehmertums befänden.²

Sieg der deutschen Demokratie

Das vorgenannte obrigkeitsstaatliche Denken war von jeher das grösste Hindernis für die SPD. Darum ist ihr Sieg ein Markstein in der Geschichte der deutschen Demokratie. Andererseits setzten die Unionsparteien während der Wahlkampagne ihre Hoffnung darauf, dass in Deutschland die demokratische Bewusstseinsbildung dem obrigkeitsstaatlichen Denken hintanhinke: Bei einem grossen Teil der ältern Wähler ging diese Spekulation in Erfüllung, nicht aber bei der Jugend. Das ist das erfreulichste Fazit aus der Bundestagswahl 1972.

Das mangelnde Demokratieverständnis der Unionsparteien zeigte sich allein schon in der Tatsache, dass sie sich mit der ihnen ab 1969 zugeordneten Rolle einer Oppositionspartei nie abfinden wollten. Das einzige Trachten ihrer Bundestagsabgeordneten ging dahin, so rasch als möglich

¹ Vergleiche «Betrachtungen eines Unpolitischen» (1918): «Ich bekenne mich tief überzeugt, dass das deutsche Volk die politische Demokratie niemals wird lieben können, aus dem einfachen Grund, weil es die Politik selbst nicht lieben kann, und dass der vielverschriene Obrigkeitsstaat die dem deutschen Volk angemessene, zukömmliche und von ihm im Grunde gewollte Staatsform ist und bleibt.»

² Vergleiche Heinrich Böll: «Schluss mit Schreibtisch-Idealismus» im «Brückenbauer»

wieder an die Macht zu gelangen. Mit dem Gedanken, dass man auch auf den Bänken der Opposition der Demokratie dienen könne, wollten sie sich nicht befreunden. In ihrem obrigkeitsstaatlichen Denken konnten sie unter CDU und CSU nur eine Kanzlerpartei verstehen. Sie zeigten auch kein Verständnis dafür, dass man in einer modernen Gesellschaft von den Parteien eine Kombination aus personellem und sachlichem Angebot erwartet. So klammerten sie sich an die Illusion einer konfliktfreien Gemeinschaft. Hans Katzer erschien nun plötzlich überall zusammen mit Barzel, Strauss und Schröder, als seien alle tiefgehenden Interessengegensätze zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberflügel der Unionsparteien auf einmal aufgehoben.

Bemühend war es festzustellen, dass in unserm Lande die Presse des Rechtsfreisinns solche Tatsachen einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollte. So behauptete zum Beispiel *Dr. Cattani* in einem vom Schweizer Fernsehen ausgestrahlten Gespräch – und dies unter Berufung auf die übereinstimmende Meinung seines Chefs, *F. Luchsinger* –, die Politik der sozialliberalen Koalition sei gescheitert, weil sie sich zuviel zugetraut habe. Vor dem Tische hiess es in der «NZZ» anders: Die sozialliberale Koalitionsregierung habe von ihrem Programm zu wenig in Angriff genommen. Nach dem 19. November heisst es nun ebenfalls, man hätte gegenüber der DDR mehr erreichen sollen. Welche Verwirrung! Was immer diese Koalitionsregierung unternommen hätte – ob mehr oder weniger –, an der Reaktion der «Opposition» hätte sich nichts geändert; denn es ging ihr ja nur darum, die Regierung mit allen Mitteln zu verunsichern und so rasch wie möglich zu stürzen.

Die Unionsparteien im Wahlkampf

Wenn sich die führenden Männer der Unionsparteien zu einem wirklichen Konservatismus bekennen würden, wäre dagegen gewiss nichts einzuwenden. Auch in der Bundesrepublik Deutschland nimmt man den Konservativen nicht übel, dass sie konservativ sind, sondern man macht ihnen zum Vorwurf, dass sie konservativ zu sein nur vorgeben, indem sie aus reinem Egoismus für die Erhaltung überholter Formen und Inhalte eintreten. Bei einem echten Konservativen geht es darum, jene Kräfte, die einst wertvolle Leistungen hervorgebracht haben, für unsere Zeit und ihre Anliegen fruchtbar zu machen. Insofern kann man sagen, dass auch der Konservative seine Funktion im Staate hat. Der Linkssozialist *Günther Nennung* hat die Rolle des Konservativen einmal recht bildlich umschrieben: Er sei dazu da, dem allzu forsch davon galoppierenden, allzu weitgespannten Utopien entgegeneilenden Linken an den Rockschössen zurückzuhalten.

Aber diese Art von Konservativen repräsentierte die Verlierermannschaft der Unionsparteien nicht. Bei ihnen handelt es sich, wie Carlo Schmid einmal zutreffend bemerkte, um «konservativ getarnten Interes-

senklügel» oder um «liberal getarnte Privilegienhüter». Es kommt denn auch nicht von ungefähr, dass die grossen Konzerne der Bundesrepublik Deutschland um die hundert Millionen Mark in die Wahlmaschinerie der CDU/CSU investierten, um diesen Parteien zum Sieg zu verhelfen. Und so verwundert auch der Wahlkampfstil der Unionsparteien nicht mehr: er entspricht dem Stil, der im Wirtschaftsleben allzuoft zum Erfolg führt: zu jenem Erfolg, der schliesslich alle Mittel heiligt. Und so wie in dieser Welt der rücksichtslosen Erfolgswirtschaft humane Werte verkümmern, so bestand auch für die CDU/CSU-Politiker kein Anlass, zimperlicher zu sein: Was bedeuteten für sie alle jene ideellen Werte, die für die Verleihung eines Friedensnobelpreises oder eines Nobelpreises für Literatur massgebend sind? Dafür fanden die Christdemokraten nur Hohn und Spott. Aber die Antwort aus dem bessern Teil Deutschlands blieb nicht aus. Nobelpreisträger für Literatur, Heinrich Böll, bescheinigte dem Friedensnobelpreisträger Brandt:

«Sie, Willy Brandt, werden gebraucht, um Gewalt, die eine wie die andere, zu verhindern, um Frieden zu garantieren, um zu verhindern, dass eine personell wie programmatisch verfallene Partei die Macht übernimmt. . . . Gebraucht werden Sie, um einigen vergessenen Artikeln des Grundgesetzes Farbe und Wirklichkeit zu verleihen . . .»

So sprach der Katholik Böll. Er unterschied sich sympathisch von gewissen Olympiern der katholischen Kirche. *Günther Nenning* hat im «Neuen Forum» mit Recht den deutschen Episkopat als den grossen Verlierer bezeichnet:

«In den vergangenen zwei Jahren, während zum Beispiel seine französischen Kollegen nach links rückten, marschierte er auf trostlos bornierte Weise nach rechts. Jetzt weiss er's: seine Stellungnahmen in Sachen Sittenverfall, Abtreibung, Warnung vor der gottlosen Ostpolitik blieben ohne Wirkung auf die Gläubigen.»

Lehren aus dem deutschen Wahlkampf

Einen denkbar schlechten Eindruck machten die Unionsparteien mit ihrer Umarmung der Ex-Linkspolitiker Schiller, Günther Müller und weiterer Überläufer. Hier wurde besonders deutlich, wie die «personell wie programmatisch verfallenen» Unionsparteien auch an charakterlicher Stärke eingebüsst hatten. Ob man in der SPD aus dieser unrühmlichen Geschichte von Parteiverrat die nötigen Konsequenzen ziehen wird? Mir scheint, dass gerade sozialdemokratische oder sozialistische Parteien mit ihrer Personalpolitik nicht immer die glücklichste Hand zeigen. Vielleicht hängt dies damit zusammen, dass Menschen, die hohe und weitgestreckte ideelle Ziele anstreben, sich bei der Beurteilung des Nächstliegenden kurz-

sichtig zeigen und bei der Einschätzung der nächsten Umwelt nicht mehr über den nötigen Instinkt verfügen. Wie kam zum Beispiel die SPD dazu, einen Hupka in die Reihen der Bundestagsabgeordneten aufzunehmen? Auch in der Sozialdemokratie kann man trotz aller ideellen Zielsetzung nicht übersehen, dass die Politik von Menschen gemacht wird. Darum kommt man auch hier nicht darum herum, mit aller Sorgfalt zuzusehen, was im personellen Bereich vor sich geht. Das gilt so gut für die SPD wie für die SPS. Auch wir haben unsere Schiller (wenn auch nicht so grosskarätige) und unsere Günther Müller (wenn auch nicht so grossmäulige). Noch ist die Strophe von *Wolf Biermann* nicht verklungen; sie tönt vielmehr noch eindrücklicher und aktueller:

« . . . für meine verratenen Genossen singe ich
und ich singe für meine Genossen Verräter
Das grosse Lied vom Verrat singe ich . . . »

Nun aber zum Positiven dieses Wahlkampfes. Vieles, was unter sozialdemokratischer Reformarbeit zu verstehen ist, kam nun zur selbstverständlichen Darstellung. Sozialistische Perspektiven für diese Reformarbeit wurden aufgezeigt: vor allem von seiten der jungen Generation. Beste sozialdemokratische Öffentlichkeitsarbeit wurde geleistet. Das Echo aus den Massen blieb nicht aus. Die über den Bereich der SPD hinausgehenden Wählerinitiativen haben dies deutlich gemacht. Vieles, was seitens der SPD in diesem Wahlkampf geleistet wurde, liesse sich für die SPS fruchtbar machen. Warum nicht auch einmal hier von den Deutschen lernen?

Nobelpreisträger für Nobelpreisträger. Auf der andern Seite das hysterische Gerassel der Barzel, Strauss und Konsorten. Es sollte für das deutsche Volk wahrlich nicht allzuschwer sein, recht, das heisst links zu wählen.

Kurt Schweizer
in der «Tagwacht» (vor dem 19. November 1972)